



Die Alternative: Neue günstige Gemeindewohnungen könnten am Gelände der Hummelkaserne errichtet werden.

in Graz

für die Grüne Vizebürgermeisterin Lisa Rücker eine bloße „Kurzschlussantwort“. Auch SPÖ und ÖVP lehnten diese konkreten Forderungen ab, weil das „Mietrecht ein weites Feld“ sei.

Dabei decken sich die Forderungen der KPÖ über weite Strecken mit den Vorschlägen der Arbeiterkammer und des Mieterschutzverbandes. Im Gemeinderatswahlkampf haben sich die Parteien mit Ideen für kostengünstiges Wohnen übertrumpft. Jetzt will man davon nichts mehr wissen und lehnt sogar eine Petition an die Bundesregierung mit konkreten Forderungen ab.

Die Stadt zögert auch beim „Wohnen am Kasernengrund“. Geht es nach der KPÖ, soll die Stadt die bald aufgelassene

Hummelkaserne kaufen und dort Gemeindewohnungen errichten. Es gibt dazu sogar einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss. Aber nichts geht weiter!

TEURES PFLASTER

Bei den Mieten liegt die Steiermark zusammen mit Salzburg (je 6,52 Euro /m²) hinter Vorarlberg (7,26 Euro/m²) an zweiter Stelle. Zum Vergleich Wien: 4,73 Euro/m².

Für eine neue Eigentumswohnung muss man in Graz mit 2.405 Euro/m² (Linz: 2.312 Euro/m², Klagenfurt: 1.985 Euro/m²) rechnen (Altbau: 1.420 Euro/m²).

Die Grundstückspreise liegen zwischen 110 (Puntigam, Gösting) und 300 Euro/m² (St. Leonhard, Innere Stadt).

MEINUNG



Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Die Welt der Politiker

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Die Politiker der großen Parteien leben in ihrer eigenen Welt. Ihr Kontakt zur Bevölkerung beschränkt sich auf Händeschütteln im Wahlkampf und auf die Analyse von Meinungsumfragen.

Dort haben sie herausgefunden, dass die Teuerung das größte Problem ist.

Deshalb reden sie jetzt im Wahlkampf gegen die Teuerung, sie setzen aber keine konkreten Maßnahmen dagegen. Und nach der Wahl?

Man sollte die Menschen nicht für blöd halten. Die Politik ist meilenweit davon entfernt, wirklich zu sehen, wie viele Leute nicht mehr mit dem täglichen Leben zusammen kommen. Lebensmittel, Heizen, Wohnen: Das alles wird zu einem Riesenproblem für Menschen, denen es nicht so gut geht.

Und die Politik schaut zu oder sie verschärft die Lage durch unsoziale Beschlüsse. Als die KPÖ im Gemeinderat Entlastungen für die Mieter gefordert hat, waren ÖVP, SPÖ, FP und Grüne dagegen. Darüber reden sie jetzt nicht gerne.

Trotz der schönen Plakate: Es gibt im Parlament keine Partei, die auf die große Masse der arbeitenden Menschen, der Pensionisten und aller anderen, die mit wenig Geld auskommen müssen, schaut.

Wir versuchen, in der Stadt und im Land gegenzusteuern. Es wäre gut, wenn die KPÖ auch bei der Nationalratswahl stärker wird. Durch Sie – liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060,
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



*Früher hat man gesagt:
Was nix kost, is nix wert.
Jetzt kann man sich
selbst das, was nix wert
ist, nimma leisten.*

INHALT

Hohe Energiekosten.....	4
Müllabfuhr zu Stadtwerken?....	5
Kriminalfall Glücksspiel	7
Einkaufszentren	8
Kommentar E. Kaltenegger.....	9
Raus aus der Schuldenfalle.....	10
Zahnloses Altstadtgesetz	11
VolksHausFest 2008	12/13
Was wir wirklich brauchen	15
Vom Wert der Arbeit.....	16/17
Mach mal Pause / Tierecke	18
Die Freiheit des Waldes.....	19
Aus den Grazer Bezirken... ..	20/21
Nationalratswahl 2008	24